

Mutmaßlicher Darfur-Kriegsverbrecher hält sich für «unschuldig»

Khartum/Nairobi (dpa) - Ein vom Internationalen Strafgerichtshof als mutmaßlicher Kriegsverbrecher eingestuftes sudanesisches Minister hat sich als unschuldig bezeichnet und ein Erscheinen vor Gericht ausgeschlossen. Der Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs solle sich um Personen wie den US-Präsidenten George W. Bush oder den früheren israelischen Ministerpräsidenten Ariel Sharon kümmern, sagte der Staatsminister für humanitäre Fragen Ahmed Mohammed Harun dem arabischen Sender Al-Dschasira am Mittwoch. Er habe ein reines Gewissen und werde sich nicht freiwillig stellen, fügte er hinzu.

Die Hilfsorganisation Hoffnungszeichen appellierte an die sudanesischen Regierung, mit dem Internationalen Strafgerichtshof zusammenzuarbeiten und die weiteren Ermittlungen zu erleichtern. «Die Verantwortlichen müssen vor Gericht gestellt werden. Die Nennung der Namen ist ein erster Schritt, um die Straffreiheit zu beenden», sagte Klaus Stieglitz, der gerade von einer Reise in den Sudan zurückkam, wo Hoffnungszeichen neue Fälle von Angriffen arabischer Reitermilizen gegen Schwarzafrikaner in Darfur dokumentiert hat: «Die Gewalt der Dschandschawid hält weiter an. Flüchtlinge aus dem Süden Darfurs berichten von Angriffen im Dezember und Januar», sagte Stieglitz.

Unterdessen traf der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad zu einem zweitägigen Staatsbesuch im Sudan ein, um dort mehrere Abkommen über Zusammenarbeit zu unterzeichnen. Die beiden islamischen Staaten haben derzeit ein Handelsvolumen von etwa 70 Millionen Dollar und arbeiten auch militärisch zusammen.

Der Ankläger beim Internationalen Strafgerichtshof hat neben Harun auch den ehemaligen Dschandschawid-Kommandeur Ali Kuschaib beschuldigt, der seit November 2006 in Haft ist. Er beantragte, beide nach Den Haag vorzuladen. Harun habe die Dschandschawid-Milizen mit Geld und Waffen versorgt, sagte Chefankläger Luis Moreno-Ocampo. Den Dschandschawid wird seit langem vorgeworfen, mit Rückendeckung der Regierung in Khartum gegen die schwarzafrikanische Zivilbevölkerung in Darfur vorzugehen. Nach Schätzungen von Hilfsorganisationen waren schon 2004 mindestens 300 000 Menschen ums Leben gekommen, seitdem gibt es keine aktualisierten Zahlen.